

Grenzen für Fracking

RW 260215

Bundesregierung legt Gesetzentwurf vor / Kein Verbot giftiger Chemikalien vorgesehen

BERLIN. Die Bundesregierung will das umstrittene Fracking zur Gewinnung von Erdgas und Erdöl schärfer regulieren. Das geht aus einem gemeinsamen Entwurf von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hervor, der dieser Zeitung vorliegt.

So soll es künftig eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei jedem Vorhaben geben, bei dem Fracking zum Einsatz kommen soll. In Trinkwasserschutzgebieten und Heilquellengebieten soll es komplett verboten werden. Nach dem vorliegenden Entwurf soll die UVP auch für Geothermie-Bohrungen gelten, bei denen die brachiale Methode ebenfalls zum Einsatz kommt.

Umweltschützer befürchten massive Umweltauswirkungen – vor allem wegen des Einsatzes von giftigen Chemikalien. Drei umfangreiche Gutachten attestieren dem Verfahren ein erhebliches Risikopotenzial.

Der Bundesrat hatte zuletzt – auch auf Initiative von NRW – gefordert, den Einsatz umweltgefährdender Substanzen beim Fracking solange komplett zu verbieten, bis die Risiken restlos geklärt sind. Ein Verbot giftiger Substanzen ist im Entwurf der Ministerien jedoch nicht vorgesehen. „Die eingesetzten Chemikalien werden im Rahmen einer Umweltverträglichkeits-



Ein Bohrplatz von ExxonMobil im niedersächsischen Böttersen bei Rotenburg-Wümme.

Foto dpa

prüfung bewertet“, sagte der umweltpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Kauch, dieser Zeitung. Er hatte mit der „Arbeitsgruppe Fracking“ der Unions- und FDP-Bundestagsfraktionen die beiden zuständigen Minister Anfang Februar schriftlich aufgefordert, Vorschläge zur Regulierung von Fracking vorzulegen.

Exxon wittert Geschäft

In NRW wittert unter anderem der US-Konzern ExxonMobil ein lukratives Geschäft und hat bereits mehrere Standorte benannt, an denen nach Gas gebohrt werden soll. Bei Exxon stößt die Ankündigung einer verpflichtenden UVP zwar nicht auf Begeisterung, wird aber auch nicht als unüberwindliche Hürde gewertet. „Wir haben seit vielen Jahren Erfahrun-

gen mit Umweltverträglichkeitsprüfungen. Kein Projekt ist bisher daran gescheitert“, sagte Exxon-Sprecherin Ritva Westendorf-Lahouse dieser Zeitung. In erster Linie sei eine UVP ein „nicht unerheblicher Zeitaufwand“ – für alle Beteiligten. Auch für die zuständigen Behörden.

Der nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) hatte zuletzt im September 2012 betont, dass es in NRW unter Rot-Grün keine Genehmigungen für Bohrungen mit gifti-

gen Chemikalien geben werde. In NRW stoppt derzeit ein Erlass der Landesregierung alle Bohraktivitäten.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich zuletzt skeptisch zur Fracking-Technologie geäußert: „Es gibt eine große Übereinstimmung darüber, dass das Fracking nicht unsere bevorzugte Art der Energieausbeutung sein wird“, sagte Merkel in Oslo.

Christoph Klomp

Bei uns im Internet:

Spezial Gasbohrungen in NRW

i Chemikalien und hoher Druck

■ **Beim Fracking** wird mit hohem Druck unter Einsatz von Wasser, Sand und Chemikalien Gestein so aufgebrochen, dass das im Gestein gebundene Gas entweichen kann.

■ **Das Umweltbundesamt (UBA)** schätzt, dass sich allein mit den vermuteten Schiefergasvorkommen der deutsche Gasbedarf für 13 Jahre decken lassen könnte.